

Alarmierende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst steigt!

Der DGB warnt am 23.06.2025 vor alarmierenden Gewaltezahlen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und fordert besseren Schutz.



Meißen, Deutschland - Immer mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst spüren die gewalttätigen Tendenzen in unserer Gesellschaft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schlägt Alarm: Gewalt gegen Mitarbeiter in diesem Sektor nimmt stark zu. Wie [diesachsen.de](https://www.diesachsen.de) berichtet, spricht der Landeschef Markus Schlimbach von alarmierenden Zahlen, die nicht nur besorgniserregend sind, sondern auch weiter steigend. Allein im vergangenen Jahr wurden bundesweit fast 111.500 Gewalttaten gegen Angehörige von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr registriert. Damit zeigt sich ein Anstieg von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ein besorgniserregender Trend, der die gesamte Gesellschaft betrifft.

Besonders die Verkehrsbetriebe sind von der Gewalt betroffen. Laut einer Erhebung der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft haben ganze 82 Prozent der Beschäftigten mit Kundenkontakt bereits verbale oder körperliche Angriffe erlebt. Schlimbach fordert eine lückenlose Erfassung und konsequente Verfolgung aller Übergriffe. Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist kein Randphänomen, so seine eindringliche Botschaft. Umso mehr braucht es Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen und das heißt nicht nur bessere Ausstattung, sondern auch mehr Personal!

Gesellschaftliches Klima und Respekt

Doch was führt zu diesem besorgniserregenden Anstieg an Gewalt? Hier spielen mehrere Faktoren zusammen. Wie [mensch.dgb.de](https://www.mensch.dgb.de) berichtet, sorgen frustrierte Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum oft für schnelle Aggressionen. Zudem ist der Respekt, den diese Beschäftigten erfahren, seit Jahren rückläufig. Eine Umfrage aus 2023 zeigt, dass lediglich 54 Prozent der Befragten Rettungssanitäterinnen und -sanitätern Respekt zollen, während Polizistinnen und -polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Nah- und Fernverkehr diesen noch weniger erfahren. Besonders deutlich ist der anhaltende Trend des fehlenden Respekts für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung zu beobachten.

Immer mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben firsthand erlebt, was es heißt, in einem Klima zunehmender Gewalt zu arbeiten. Eine Studie zeigt, dass jeder vierte Beschäftigte in diesem Sektor Gewalt erlebt hat. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtete von Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen. Diese Daten entsprechen den Ergebnissen der Bürgerbefragung 2023 des Beamtenbundes (dbb), die aufzeigt, dass nur 27 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates haben.

Die Folgen für die Beschäftigten

All diese Umstände führen zu einem belastenden Arbeitsumfeld für die Betroffenen. Besonders im Schulkontext wird die Situation immer prekärer. Lehrerinnen und Lehrer geben an, dass die Gewalt zugenommen hat. Laut einer Umfrage der Robert Bosch Stiftung hielten 47 Prozent der Lehrkräfte es für notwendig, mehr gegen psychische und physische Gewalt unter Schülern zu unternehmen. Dies bestätigt die besorgniserregenden Daten der DGUV, die zur Folge haben, dass nicht nur die Beschäftigten selbst leiden, sondern auch die Qualität des öffentlichen Dienstes insgesamt in Frage gestellt wird.

Die DGB fordert daher dringend Maßnahmen, die neben einer besseren Ausstattung und mehr Personal auch eine Veränderung im gesellschaftlichen Klima bewirken müssen. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die sich tagtäglich für unsere Gesellschaft einsetzen, auch den Respekt und die Sicherheit erhalten, die sie verdienen. Die Entwicklungen der letzten Jahre sind klar: Umso mehr müssen alle Akteure an einem Strang ziehen, um die Sicherheit im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Das Thema bleibt brandaktuell – eine gesellschaftliche Diskussion über Respekt und Sicherheit ist unerlässlich, nicht nur für die Beschäftigten selbst, sondern für uns alle.

Details	
Ort	Meißen, Deutschland
Quellen	• www.diesachsen.de • mensch.dgb.de • www.dguv.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net